

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Flugblatt Nr. 16 vom 28.09.2018

Trendwende in der saarländischen Polizei – GdP fordert zusätzliche 500 Vollzugsstellen bis 2030

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, ist erfreut, dass am gestrigen Tage insgesamt 128 Kommissaranwärterinnen und -anwärter vereidigt wurden. Diese werden in der personell angeschlagenen saarländischen Polizei dringend benötigt. Die Höhe eines Einstellungsjahrganges muss jedoch immer in Relation zu den Ruhestandsversetzungen gesehen werden. Die traurige Wahrheit wird die Gewerkschaft der Polizei - bei aller Euphorie aus dem politischen Raum - nicht totschweigen: Trotz der geplanten Mehreinstellungen in den kommenden Jahren wird die Polizei im Saarland durch eine massive Pensionierungswelle in den nächsten beiden Jahren um weitere 110 Beamtinnen und Beamte verkleinert - aus Sicht der GdP im Hinblick auf die hohe Einsatzbelastung der Kolleginnen und Kollegen eine fatale Fehlentwicklung!



„FREU DICH...!“

Hierzu äußert sich der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß, wie folgt: „Die politisch Verantwortlichen des Saarlandes, die die Polizei in den letzten Jahren personell kaputt gespart haben, müssen endlich den Blick über den Tellerrand in andere Bundesländer werfen. Hier wird in vielen Bundesländern die Polizei personell wieder zum Teil massiv aufgestockt. Wem Polizei auch abseits des Wahlkampfes wirklich wichtig ist, der muss jetzt Geld investieren. Finanzminister Peter Strobel hat kürzlich verkündet, die

Staatskassen seien wieder voll. Das sog. ‚Jahrzehnt der Investitionen‘ muss dazu genutzt werden, den Personalkörper der saarländischen Polizei um zusätzliche 500 Vollzugsstellen im Beamtenbereich bis 2030 zu vergrößern.“

Strukturen, wie Polizeireviere und -posten, die derzeit aufgrund der Personalnot nicht mehr ausreichend besetzt werden können, dürfen nicht aufgegeben werden. 3000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte könnten die Verästelung der Polizei in die Kommunen in den kommenden Jahren wieder aufleben lassen. Maaß weiter: „Die GdP steht für eine bürgernahe Polizei. Der Rückzug der Polizei aus der Fläche muss in den nächsten Jahren revidiert werden. Zusätzliches Personal wird gewährleisten, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Als Gewerkschaft haben wir die Vision einer bürgernahen, entlasteten und zufriedenen Polizei. Diese Zukunft muss jetzt beginnen und nicht erst im nächsten Wahlkampf!“